



Illustrierte Zeitschrift für die Interessen der deutschen Gärtner.

Organ des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins und der Krankenkasse für Deutsche Gärtner.

No. 16.

Herausgegeben vom Vorstande.

X. Jahrg.

Erscheint am 1. und 15. Jeden Monats.
In der Postzeitungsliste unter No. 99 eingetragten. Preis: durch die Post bezogen 1,15 Mk. pro Vierteljahr (einschliessl. Bestellgeld).

Berlin, den 15. August 1900.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten diese Zeitung gratis.

Die V. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins,

Frankfurt a. M., am 3., 4. und 5. August 1900.

Vorüber ist die Tagung und wohl alle, die daran teilnahmen, gehen jetzt wieder ihrer gewohnten täglichen Beschäftigungsweise nach.

Was haben sie uns gebracht, die Tage von Frankfurt a. M.; können wir mit einiger Befriedigung auf ihren Verlauf und ihre Ergebnisse zurückblicken? Wir können es; wir können beruhigten Herzens und mit gutem Gewissen jedem deutschen Gärtner, jedem Berufskollegen sagen, dass alle, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, nur von einem Gedanken, von einem Geiste beseelt waren: der weiteren Emporentwicklung unseres Vereinswesens und unserer beruflichen Arbeitsverhältnisse die Bahnen zu ebnen. Jeder Einzelne hat dazu redlich und mit voller Hingebung sein Teil gethan. Und diesem Umstande ist es denn auch in erster Linie zu verdanken, dass die verhältnismässig ganz ungeheure Arbeitslast überhaupt erledigt werden konnte.

Das in der heutigen und der nächsten Nummer enthaltene Protokoll giebt über alle gepflogenen Verhandlungen und gefassten Beschlüsse ausführlich Auskunft, weswegen wir hier einleitend nur auf das Wesentlichste hinweisen.

Inbetreff „Gewerkschaftsfrage“ ist gemäss der vom Hauptvorstande abgegebenen Erklärung beschlossen worden, dass der A. D. G.-V. einstweilen noch von einem Anschlusse an irgend eine Gewerkschaftsgruppierung Abstand nehmen wolle und müsse. Die Zeitung soll vom 1. Januar 1901 ab um einen halben Bogen (4 Seiten) verstärkt werden; dieselbe soll sich hauptsächlich mit der Behandlung wirtschaftlich-gewerkschaftlicher Fragen befassen und in fachtechnischer und fachwissenschaftlicher Beziehung nur auf die Verbesserungen und Neuerscheinungen aufmerksam machen. Desgleichen sollen die Fragenbeantwortungen darin um etwas eingeschränkt werden. Unterstützungswesen betreffend, wurde die vom Hauptvorstande vorgelegte „Unterstützungsordnung“ angenommen, die vom 1. April 1901 allgemein inkraft tritt, während die Beitragserhöhung schon vom 1. Oktober 1900 einsetzen soll, um so die Möglichkeit zu geben, dass vorerst ein gewisser Unterstützungsfond gebildet wird, was zweifellos notwendig ist. Die Beitragserhöhung um monatlich

25 Pfennige wurde einstimmig als unumgänglich notwendig erachtet, desgleichen die vom Hauptvorstande vorgeschlagene Reform mit bezug auf Einziehung der Beiträge von Einzelmitgliedern durch Postabonnement der Vereinszeitung.

Die Frage des „Ausschusses“ wurde, abweichend von dem ersten Vorschlage, in folgender Weise erledigt: Alle jeweiligen Gauvorsitzenden machen den „Ausschuss“ aus. Bei besonders wichtigen Anlässen sind fünf Mitglieder des Ausschusses, die von diesem selbst durch Wahl untereinander bestimmt werden, vom Hauptvorstande zur Beratung bzw. Beschlussfassung nach der Hauptgeschäftsstelle in Berlin zu einer Sitzung zu berufen.

Das ausgearbeitete „Ortsstatut“ wird allen Zweigvereinen zur allgemeinen Einführung zunächst nur empfohlen, während es für die sich neubildende Zweigvereine von vornherein Giltigkeit erlangt und inkraft tritt.

Die Besetzung des Hauptvorstandes und der Geschäftsleitung ergab folgendes Resultat: Leo Fischer-Steglitz, Vorsitzender; Wilhelm Schmid-Pankow, Eduard Klein-Berlin und Paul Gehrke-Berlin als Beisitzer; Franz Behrens-Berlin, Geschäftsführer (derselbe ist zugleich Mitglied des Hauptvorstandes). G. Boschann-Charlottenburg und Wilh. Fechtner-Weissensee wurden als besoldete Beamte der Hauptgeschäftsstelle gewählt, O. Albrecht als Redakteur des Vereinsorgans.

Der Prüfungsausschuss (Revisoren) ist von der Märkischen Gauvereinigung durch Urabstimmung zu wählen, desgleichen die Nachprüfer, die kurz vor der nächsten Generalversammlung eine Hauptprüfung der Kassen- und Geschäftsverhältnisse vorzunehmen haben. Ferner hat dieselbe Gauvereinigung auch alle sich etwa notwendig machenden Ersatzwahlen des Hauptvorstandes vorzunehmen. Durch die der Märkischen Gauvereinigung damit auferlegte hohe Verantwortlichkeit ist dieser Gauvereinigung vonseiten der Generalversammlung ein jedenfalls sehr achtenswertes Vertrauen entgegengebracht worden, dessen sich dieselbe unanzweifelbar in jeder Weise würdig erzeigen wird.

Noch ist als wesentlich zu bemerken, dass als Wahlmodus für die nächste Generalversammlung, die in Hannover stattfinden soll, wieder die Urwahl festgelegt worden ist, wie dieselbe bis zur IV. Generalversammlung 1898 schon massgebend war. Die für die letzte Generalversammlung in Anwendung gewesene, hat sich als unbrauchbar herausgestellt, da diese zu teuer zu stehen kommt und auch alle Einzelmitglieder vom Wahlrecht ausschliesst.

Was neben der Einführung einer planmässigen Arbeitslosenunterstützung von ganz besonders wichtiger Bedeutung ist, das ist der Ausbau der Privatstellen-Vermittlung. Es ist dies eine besondere Fürsorge für die älteren Kollegen, für welche ja bekanntlich die gewerbliche Gärtnerei noch erst so gut wie gar keinen Raum bietet. Die Generalversammlung liess sich von dem Gesichtspunkte aus leiten, Bedingungen zu schaffen, welche geeignet sind, die älteren und verheirateten Mitglieder dauernd an den Verein zu fesseln damit, dass der Verein ihnen möglichst weitreichende Hilfe und Schutz gewährt. Und solches kann zum grossen Teil geschehen, indem wir uns in die Lage zu versetzen suchen, jederzeit mit einer genügenden Auswahl von offenen Privat- und Herrschafts- bzw. Obergärtnerstellen aufwarten zu können. Die vorgesehene neue Art dieser Vermittlung verbürgt uns solches denn auch in gewissem Sinne, zumal einer der Beamten sich neben dem Buchhandel vorzugsweise dieser Hilfseinrichtung widmen soll.

Wie sonach hier besonders auf die älteren Kollegen Rücksicht genommen worden ist, so ist auch zum ersten Male der Grundsatz festgelegt worden, dass mit der Länge der Mitgliedschaft die Rechte der Mitglieder entsprechend grössere werden müssen, was besonders im Unterstützungswesen (siehe „Unterstützungsordnung“) zum Ausdruck gelangt.

Alles in Allem kann man sagen: Die V. Generalversammlung hat entsprechend den Zeitverhältnissen dem A. D. G.-V. Grundlagen geschaffen, auf die er sicher und ruhig weiterbauen kann; hat dem A. D. G.-V. Bahnen und Wege vorgezeichnet und geebnet, die ihn als neutrale Gewerkschaft allen übrigen gewerkschaftlichen Berufsvereinen würdig an die Seite stellt, nur eben mit dem — uns rühmenswert erscheinenden — Unterschiede, dass wir uns in jeder Beziehung, religiös und politisch, vollständige Neutralität gesichert haben, und zwar wohl für alle Zukunft.

Was die ins Auge gefasste Taktik zur Verwirklichung unserer jeweiligen Bestrebungen betrifft, so möge der Hinweis auf die beiden „Entschliessungen“ genügen, welche auf dem „III. Allgemeinen Deutschen Gärtnerstage“ (öffentliche Sitzung der Generalversammlung) in Sachen der Lehrlings- und Tarifgemeinschaftsfrage einstimmig angenommen worden sind. Darin ist präzise ausgedrückt, dass der A. D. G.-V. nach wie vor den Standpunkt der Förderung des beruflich-sozialen Friedens vertritt, dass er ein Handinhandgehen mit der Arbeitgeberschaft bzw. deren Organisationen als Grundlage zur Gewährleistung dieses Standpunktes als unerlässlich erachtet: Die gegenseitige Anerkennung und Achtung der beiderseitigen Organisationen als gleichberechtigte Faktoren des modernen Berufs- und Wirtschaftslebens.

Alles Nähere ist aus nachfolgendem Verhandlungsprotokoll zu ersehen.

O. Albrecht.

Verhandlungs-Protokoll der V. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Versammlungsort: „Karlshaus“, Frankfurt a. M., Seilerstr. 20.

I. Sitzung: Freitag, den 3. August 1900.

Der Vorsitzende des A. D. G.-V., Kollege Leo Fischer-Steglitz, eröffnet um 9 Uhr vormittags die Generalversammlung mit einigen kurzen Begrüssungsworten an die Teilnehmer und mit dem Ausdrucke des Wunsches, dass die sämtlichen

Verhandlungen glatt vonstatten gehen und allseitig befriedigende Resultate erzielen möchten.

Ebhardt-Frankfurt a. M., als Abgeordneter für „Hortulania“-Frankfurt, bewillkommnet im Namen der letzteren die Abgeordneten, den Hauptvorstand und die sonst anwesenden Einzel- und Zweigvereinsmitglieder, sowie die Vertreter der Frankfurter und Stuttgarter Gartenbaugesellschaft und die Berichterstatter der Presse und wünscht gutes Gelingen.

Herr Handelsgärtner Sohl, Vertreter der Gartenbaugesellschaft Frankfurt a. M. begrüsst den Verein und dankt für Einladung zur Generalversammlung. Er giebt der Hoffnung Ausdruck, dass die Versammlung sich gegen den Anschluss des Vereins an die anderen Gewerkschaften erklären werde und, trotzdem einzelne Gruppen des Handelsgärtnerverbandes gegen den A. D. G.-V. scharf Stellung nehmen, solle man doch weiterhin Handinhand mit dem Handelsgärtnerverband arbeiten und an diesem Grundsatz entschieden festhalten.

Es erfolgt die Wahl der Schriftführer für die Generalversammlung. Als solche werden gewählt: Dux-Düsseldorf, Bach-Köln und Böhm-Bernau.

Zur Prüfung der Vollmachten werden gewählt: Heene-Leipzig, Rethwisch-Hannover, Wisch-Stettin, Bartsch-Gr. Lichterfelde.

Der Geschäftsführer Behrens-Berlin verliest die Präsenzliste. Auf derselben stehen folgende Namen von Abgeordneten verzeichnet, die als gewählt gemeldet worden sind:

1. Bach-Köln f. Köln a. Rh.
2. Bartelt-Halle f. Halle, Eisenach, Merseburg, Oelsnitz, Roitzsch.
3. Bartsch-Gr. Lichterfelde f. Gr. Lichterfelde.
4. Bickel-Wandsbeck f. Wandsbeck, Elmshorn, Kiel.
5. Böhm-Bernau f. Bernau, Eberswalde.
6. Cohnke-Lüdenscheid f. Lüdenscheid, Gelsenkirchen, Iserlohn, Hagen.
7. Daicker-Hamburg f. Hamburg, Eimsbüttel.
- * 8. Depp-Worms f. Worms.
- * 9. Dobberke-Darmstadt f. Darmstadt.
10. Dux-Düsseldorf f. Düsseldorf (Zwfg.).
11. Ebhardt-Frankfurt a. M. f. Frankfurt a. M., Mainz.
12. Fechtner-Weissensee f. Weissensee, Landsberg a. W.
13. Gawliña-Augsburg f. Augsburg.
14. Gehrke-Berlin f. Halensee, Spandau.
- * 15. Gründer-Altenburg f. Altenburg, Zwickau.
16. Hantke-Herrenhausen f. Herrenhausen, Göttingen.
17. Heime-Dortmund f. Dortmund.
18. Heene-L.-Lindenau f. Lindenau.
19. Hensel-Chemnitz i. Sa. f. Chemnitz i. Sa.
20. Krausnick-Potsdam f. Potsdam.
21. Köhler-Niederwalluf f. Niederwalluf.
22. Leder-Zehlendorf f. Zehlendorf.
23. Lefoldt-Berlin f. Hohenschönhausen.
24. Michalk-Strehlen f. Strehlen.
25. Müller-Weimar f. Weimar.
- ** 26. Möller-Baden f. Baden-Baden.
27. Niehoff-Düsseldorf f. Düsseldorf (Hortulania).
28. Otto-Stuttgart f. Stuttgart, Heilbronn, Konstanz.
29. Pabst-Britz-Berlin f. Rixdorf, Köstritz, Zossen.
30. Peters-Lichtenberg f. Berlin O., Friedrichshagen.
31. Pleske-Steglitz f. Steglitz.
32. Pleus-Erfurt f. Erfurt.
33. Pfeiffer, C. B.,-Braunschweig f. Braunschweig.
- ** 34. Pfordt-Pforzheim f. Pforzheim.
35. Rethwisch-Hannover f. Hannover.
36. Reitzel-Homburg v. d. H. f. Homburg, Oberursel.
37. Rohder-Nürnberg f. Nürnberg.
38. Satow-Berlin f. Berlin C., Straussberg.
- * 39. Schöning-Radebeul f. Radebeul, Kötzschenbroda, Coswig, Laubegast, Pirna, Posen.
40. Scheithauer-Leipzig f. Leipzig, Möckern, Schkeuditz.
41. Schmid-Pankow f. Pankow, Frz.-Buchholz.
42. Schmidt-Barmen f. Barmen.
43. Schmidt-Mannheim f. Mannheim, Freiburg.
44. Schriewers-Crefeld f. Crefeld, Eupen.
45. Schnabbe-Duisburg f. Duisburg, Mülheim.
- * 46. Steger-Karlsruhe f. Karlsruhe i. B.
47. Tempelmann-Magdeburg f. Magdeburg, Burg.
48. Tönnessen-Wiesbaden f. Wiesbaden.
49. Weber-München f. München.
50. Wendtland-Charlottenburg f. Charlottenburg.
51. Winter-Remscheid f. Remscheid, Ronsdorf.
52. Wisch-Stettin f. Stettin, Stralsund.

Die mit einem Stern (*) angemarkten Abgeordneten sind unvorhergesehener Weise am Erscheinen verhindert worden

und haben sich dieserhalb entschuldigt; die mit zwei Sternen (***) angemarkten fehlen unentschuldigt.

Ausser diesen Abgeordneten sind anwesend vom Hauptvorstande Fischer, Tetzlacht, Schmid, Boschann; vom Prüfungsausschuss: Klein, Kühne und Gawlina; von der Geschäftsstelle: Behrens, Albrecht und Lefoldt. Gawlina und Lefoldt sind jedoch auch als Abgeordnete anwesend und bethätigen sich in diesem Sinne.

Vor Eintritt in die Verhandlungen, die vom Vorsitzenden Fischer geleitet werden, teilt derselbe mit, dass der für Freiburg i. B. gewählt gewesene Kollege Bermeitinger vor einiger Zeit infolge Blutsturzes verstorben sei. Die Versammlung ehrt das Andenken dieses Kollegen durch Erheben von den Plätzen.

Behrens erhält das Wort zum

Geschäfts- und Tätigkeitsbericht,

der gedruckt vorliegt und folgendermassen lautet:

Die Tätigkeit des Vereins seit der Generalversammlung 1898 war im Grossen und Ganzen eine recht lebhaft und sind nach Innen und Aussen gute Erfolge zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl steigerte sich von 2800 (1898) auf 4700 (1900). Hierbei ist zu beachten, dass gegen 6000 Mitglieder in dieser Zeit neu im Verein aufgenommen wurden. Von diesen 6000 Neu aufgenommenen blieben nur ca. 2000 dauernd Mitglieder des Vereins. 4000 gingen in diesem Zeitraum wieder verloren. Die Ursachen liegen zumteil in dem Stellenwechsel zumteil aber auch daran, dass das Unterstützungswesen in unserm Verein noch ungenügend ausgebaut ist. Auf den Ausbau desselben muss besonders der älteren Kollegen wegen Rücksicht verwendet werden. Die Zahl der Zweigvereine einschliesslich Zahlstellen stieg in dieser Zeit von 64 (1898) auf 114 (1900). Der Verein besass 1898 4 und 1900 13 Gauvereinigungen.

Der Hauptvorstand hielt in den zwei Jahren 18 Hauptvorstandssitzungen ab und zwar August bis Schluss 1898 drei, 1899 während 12 Monaten 5 und 1900 in 7 Monaten (bis 1. August) 10. Nach der 98er Generalversammlung entwickelte sich ein lebhafter Meinungs austausch in den führenden Kreisen des Vereins über die Taktik, welche für die Zukunft eingeschlagen werden solle. Hervorgerufen wurde derselbe durch den Beschluss der Generalversammlung, im Vereinsorgan wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fragen den gleichen Raum einzuräumen. Diese Meinungsverschiedenheit in der Leitung lähmte die positive Arbeit des Hauptvorstandes sehr und führte zum Rücktritt einiger vordem thätiger Mitglieder. Trotz alledem zeigte sich in den Zweigvereinen und Gauvereinigungen reges Leben und ist es diesen besonders zu danken, dass der Verein sich freudig fortentwickelte. Im Frühjahr 1899 fanden eine grössere Agitationstour durch Westdeutschland und ausserdem noch in verschiedenen anderen Städten Agitationsvorträge statt, in denen Redner vom Hauptvorstand entsandt wurden. Ebenfalls wurde im Frühjahr 1899 ein Agitationsflugblatt in 10000 Exemplaren verbreitet. Die Jahre 98/99 waren hauptsächlich der Agitation gewidmet und mit gutem Erfolg. Nur in Leipzig fand durch ein Kompromiss unserer dortigen Zweigvereine mit der D. G. Vg. eine Bewegung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage statt. Dieselbe verlief resultatlos und war für die Entwicklung der Zweigvereine nicht vom Vorteil. Die Warnung des Hauptvorstandes gegen diesen Dualismus war erfolglos.

Durch das Vereinsorgan wurde der Rechtsfrage besondere Aufmerksamkeit gewidmet und dadurch die Frage in der übrigen Fachpresse lebendig gehalten. 1899/1900 wurde ein Preisausschreiben veranstaltet. Das Jahr 1900 begann mit einer vom Hauptvorstand eingeleiteten Bewegung zwecks allgemeiner Einführung des Elfstundentages, deren Erfolg relativ ein zufriedenstellender ist. An etwa 1000 Tageszeitungen, besonders des östlichen Deutschlands, wurden im Frühjahr 1900 zweimal Artikel verbreitet, welche den Eltern und Vormündern Aufklärung über den Gärtnerberuf gaben. In den Kreisen der Lehrlingszüchter fanden diese Artikel heftigen Widerspruch. Vonseiten der Arbeitgeber kamen mehrfach Massregelungen unserer Mitglieder vor. Trotzdem zeigte sich fast allenthalben ein lebhaftes Interesse für den Verein. Die Massregelungen gingen stets von in sozialer Beziehung sehr rückständigen Arbeitgebern aus.

Im Frühjahr 1900 richtete der Hauptvorstand an den Reichstag in Angelegenheit des Unfallgesetzes 3 Petitionen. Die beiden ersten hatten den Erfolg, dass über die Gärtnerei eingehend in der 21. Kommission des Reichstages debattiert wurde, die dritte Petition, welche noch kurz vor der dritten Lesung eingereicht wurde, hatte einen vollen

Erfolg, indem in der neuen Fassung des Unfallversicherungsgesetzes der Begriff „gewerbliche Gärtnerei“ zum ersten Male in der Gesetzgebung festgelegt wurde, und ferner ist durch die Petition allen Kollegen, denen ein Unglücksfall zustösst, die Individuallohn-Berechnung der Rente gesichert worden. Dieser glänzende Erfolg des Vereins wurde allseitig von der Fachpresse anerkannt.

Im April 1900 wurde eine allgemeine Statistik über Arbeitszeit, Anzahl der Beschäftigten und Mindestlohn veranstaltet. Das Material ist in Verarbeitung. Die geschäftliche Seite des Vereins nahm, entsprechend des inneren und äusseren Aufschwungs, einen bedeutend umfangreicheren Charakter an. Während im I. u. II. Quartal 1898 zusammen eine Einnahme von 7451,26 M. und eine Ausgabe von 7120,64 M. zu verzeichnen war, so beläuft sich dieselbe 1900 für die gleichen Quartale an Einnahme auf 12424,38 M. und Ausgabe 11420,73 M. Hierbei ist noch inbetracht zu ziehen, dass 1900 noch gegen 700 M. von 1899 zu erledigen waren; ausserdem erwachsen durch den Druck der Jahresberichte und Herstellung sonstiger Drucksachen 1900 gegen 700 M. Mehrausgabe, die aber durch die Entwicklung bedingt waren. Das Jahr 1898 schliesst mit 16316 M. Einnahme ab, das Jahr 1899 mit 22718,58 M. und das Jahr 1900 voraussichtlich mit 27 bis 28000 M.

Der Brief-Ein- und -Ausgang steigerte sich ganz enorm. 1898 bis 1. August gingen gegen 2200 Briefe und Postkarten und 924 Geldsendungen ein. Im gleichen Zeitraum 1900 gingen etwa 6000 Briefe und Postkarten und 2416 Geldsendungen ein. Das ist etwa täglich 30—40 Briefsachen und 14 Geldsendungen.

Der Ausgang an Briefen, Postkarten und Drucksachen etc. betrug 1898 im I. Halbjahr 4311 Stück, 1900 ohne Zeitungs-expedition gegen 18000 Stück. Einer solchen Arbeitslast steht die Arbeitskraft von 2 Beamten und einer Hilfskraft gegenüber. Ausserdem sollen die Beamten nicht nur mechanisch thätig sein, sondern auch eine grosse geistige Arbeit, sowie eine agitatorische und kaufmännische Thätigkeit entwickeln. Es ist erklärlich, dass bei dieser Sachlage an eine postwendende Erledigung nicht zu denken war und somit auch die geschäftliche Seite gelitten hat. Rechnerisch ergibt sich die Thatsache schon einfach dadurch, dass, trotzdem sich die Einnahme nur etwa um 30% vergrössert hat, die Aussenstände sich fast um 100% vermehrt haben. (Aussenstände 1898: 6456 M., 1899: 11232,80 M.)

Im Buchhandel (einschliesslich Verlag) gestaltete sich die Sachlage wie folgt: 1898 Bar-Einnahme 3633,96 M., Ausgabe 2633,81 M.; Gewinn 1000,15 M., Ausstanden 2088,05 M., Verpflichtungen 1926,— M., Lagerbestand 1877,45 M. Dagegen 1899 Bar-Einnahme 5493,97 M., Ausgabe 5996,18 M., Verlust 412,21 M. Dieser Verlust ist kein wirklicher, sondern ein nomineller, weil der Wert sich in den Aktiven wieder giebt. Der Ausstanden betrug 3364,80 M., Verpflichtungen nur 366,05 M., Lagerbestand 1392,— M. Das ergibt 1898 ein Vermögen der Buchhandlung von 3039,65, dagegen 1899 von 4390,75 M., trotzdem beim Jahreschluss sich ein Verlust ergab. — Die Bar-Einnahme der Abteilung Buchhandel ergibt bis 1. August 1900 2990,16 M., die Ausgabe 1397,87 M., sodass sich ein Gewinn von 592,29 M. ergibt. — Abteilung Buchhandel, ein rein geschäftliches Unternehmen, beweist am besten, dass es an Arbeitskraft mangelt, denn sonst wäre es unmöglich, dass in 2 1/2 Jahren nur gegen 1200 M. Bargewinn erzielt ist, dagegen die Aussenstände sich auf 3364,80 M. ansammeln. Da die Vereinsbuchhandlung auf einen festen Kundenkreis von gegen 5000 Personen rechnen kann, so muss in Zukunft die Buchhandlung mindestens einen Beamten vom Reingewinn erhalten, oder es wird an der falschen Stelle gespart.

Der Druck der Zeitung kostete in der Zeit gegen 8209,35 M. Die Auflage des Blattes beträgt z. Zt. 5300 Exemplare und kostet der Versand monatlich (2 X) gegen 185,— M. an Porto und 16 Tage Arbeit (auf eine Person verrechnet).

Für Rechtsschutz und Unterstützung wurde seit 1. August 1898 bis 1. August 1900 etwa 3554,86 M. ausgegeben. In derselben Zeit wurden 1896 und 1898 M. 1261,61 für diesen Posten ausgegeben. Ueber das Jahr 1898 wurde eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen, dieselbe lieferte kein zuverlässiges Material, da nur ein Bruchteil der Mitglieder die Fragezettel ausgefüllt zurück sandten. Zurückgesandt wurden 943 Zettel. Darnach waren 225 dieser Mitglieder arbeitslos gewesen. Und zwar von 108 verheirateten Privatgärtnern 8 arbeitslos, von 104 ledigen Privatgärtnern 25 arbeitslos, von 23 verheirateten Gehilfen 6 arbeitslos, von 708 ledigen Gehilfen 186 arbeitslos. Nach dem neuen Statutentwurf, der

vom Hauptvorstand vorgelegt wird, sind für Unterstützungszwecke pro Monat und Mitglied 10 Pf. Steuer vorgesehen, und dürfte dieser Betrag vorläufig dem werdenden Bedürfnis entsprechen.

Durch ein unrichtiges Sparsystem (an Arbeitskräften) sind dem Verein in den letzten zwei Jahren gegen 4000 M. an Beiträgen und geschäftlich verloren gegangen. Missstände in der Verwaltung waren vorhanden, und an der Generalversammlung liegt es, diese zu beseitigen, wenn dieselbe die Vorschläge des Hauptvorstandes im Prinzip annimmt. Die innere Einheitlichkeit des Willens ist ausserordentlich im Wachsen begriffen. An äusseren Erfolgen hat es besonders in letzter Zeit nicht gefehlt. Die allgemeine Situation kann man mit Recht als eine sehr günstige betrachten.

Hoffen wir, dass es der Generalversammlung gelingt, ein weiteres Aufblühen und erfolgreiches Weiterarbeiten des Vereins zu fördern, dass das Gegenteil von dem gezeitigt wird, was vor 15 Jahren an dieser Stelle in Frankfurt a. M. für die deutsche Gärtnerbewegung gezeitigt wurde. Mithelfen ist jedes Kollegen erste Pflicht.

An der Hand dieses vorliegenden Berichts giebt der Referent noch einige nähere Erläuterungen. Es entwickelt sich eine freie Aussprache.

Dux dankt dem Hauptvorstande und bittet, demselben Entlastung zu erteilen.

Mann - Düsseldorf (als Mitglied, nicht als Abgeordneter anwesend) ersucht um Auskunft über die Aussenstände.

Behrens erklärt: Durch Ueberhäufung der Arbeiten sei es nicht möglich gewesen, jedesmal zu der rechten Zeit die Forderungen einzutreiben. Die Summe besteht aus rückständigen Beiträgen, nicht bezahlten Kalendern etc. etc.

Mann entgegnet, der Buchhandel dürfe keine Verluste aufweisen, es läge am System. Er schlage Vorausbezahlung aller Buchhandlungssachen vor bezw. Versand nur gegen Nachnahme.

Von „Flora“-Hannover, sowie von „Grün Heil“-Halle ist je ein Begrüssungstelegramm eingelaufen, welche beide der Vorsitzende verliest. (Allgemeines „Bravo!“).

Rethwisch führt aus, es sei ganz erklärlich, dass es dem Hauptvorstande bei den ungenügenden Arbeitskräften nicht möglich sein konnte, den Verein vor Verlusten zu bewahren. Doch läge es auch vielfach an den Verwaltungen der Zweigvereine, die unbedingt besser arbeiten müssten, um der Hauptverwaltung ihre Arbeiten zu erleichtern.

Wendtländ führt gleichfalls aus, der Hauptvorstand müsse den Zweigvereinen in Kassenangelegenheiten die Zügel etwas straffer anziehen, insonderheit dürften keine Personen-Rücksichten genommen werden. Gerade sein Zweigverein (Charlottenburg) habe schwer darunter gelitten, dass nicht genügend Feuer dahinter gemacht und der Kassierer zu ordnungsmässigen Abrechnungen genötigt worden sei.

Da mehrfach noch vorgeschlagen wird, z. B. durchaus festzulegen, dass jeder Zweigverein seine Wertzeichen etc. bei Entnahme von der Hauptgeschäftsstelle gleich vorausbezahlen solle, erwidert

Behrens, derartiges sei nimmermehr angebracht. Be-willige man der Geschäftsstelle die erforderliche Zahl von Arbeitskräften, dann liessen sich alle Forderungen, die überhaupt eintreibbar sind, auch eintreiben. Nur der Mangel an Arbeitskraft sei die Ursache der vermeidbaren Verluste.

Dux spricht trotzdem nochmals für Barzahlung, Daicker dagegen; denn bei grösseren Vereinen sei das gar nicht möglich. Für den Buchhandel solle man nötigenfalls separat einen Beamten anstellen, wenn sich daraus ein entsprechender Nutzen ziehen lasse.

Pabst wünscht den Buchhandel rein geschäftlich gehandhabt zu sehen, jedoch wolle man von einem Zwang in-betreff Vorausbezahlungen möglichst Abstand nehmen.

Schmid-Pankow bittet, mit dem Buchhandel nicht einen Beamten nur zu belasten.

Wisch-Stettin regt an, man möge über die Kreditfähigkeit eines Käufers erst Erkundigungen einziehen, bevor dem betreffenden Bücher à Conto verabfolgt würden.

Dux wiederholt seinen ersten Vorschlag. Fechtner macht aufmerksam, man möge die Debatte jetzt beenden.

Gehrke stellt Antrag auf Schluss der Rednerliste, was angenommen wird.

Bach appelliert an die Zweigvereine und Mitglieder, die Abrechnungen stets zu rechter Zeit einzuliefern. Die Herren Abgeordneten möchten entsprechend einwirken.

Mann und Peters sprechen für Einstellung eines weiteren Beamten.

Rethwisch wünscht grössere Arbeitsteilung in der Geschäftsstelle.

Bickel spricht im Sinne Mann, Peters und Rethwisch. Ein Antrag Dux im Sinne der von demselben gemachten Ausführungen wird wieder zurückgezogen. Es sei nun aber notwendig, für die Vereinsbeamten ein entsprechendes Regula-tiv auszuarbeiten bezw. festzulegen, wonach dieselben arbeiten sollten.

Es folgt jetzt der Bericht des Prüfungs-Ausschusses, den Gawlina zuerst als General-Revisor giebt. Dieser ist schriftlich abgefasst und lautet folgendermassen:

„Revisions-Protokoll der General-Revisoren“.

Die Unterzeichneten sind am 29. und 30. Juli 1900 in der Geschäftsstelle zur Revision zusammengetreten. Vorerst wurde von der allgemeinen Geschäftsführung und deren Betrieb Kenntnis genommen und gefunden, dass trotz der umfangreichen Geschäfte von den Beamten übersichtlich und ordnungsgemäss gearbeitet worden ist.

Soweit die vorgenommenen gegenseitigen Stichproben der verschiedenen Geschäfts- und Kassenbücher ergeben haben, befinden sich Bücher und Kasse in Richtigkeit und Ordnung.

An Bestand wurde vorgelegt:

1. Auf Zinsbuch der Dresdener Bank	Mk. 1544,20
2. An Banknoten:	
2 Stück à 1000 Mark	„ 2000,00
5 „ „ 100 „	„ 500,00
2 „ „ 50 „	„ 100,00
1 „ „ 20 „	„ 20,00
3. An ausländischen Wertzeichen	„ 67,37
4. „ deutschen „	„ 186,20
5. „ Barbestand	„ 88,33
6. „ vorausbezahlten Reisekosten (Gen.-Vslg. 1900)	„ 485,00

Sa.: Mk. 6989,10

Soweit ferner ersichtlich, sind Aktiva und Passiva der Bilanz-Rechnung wirklich vorhanden, sodass wir der Geschäftsführung für ihre Thätigkeit volle Anerkennung zollen können.

Berlin N., 37
Weissenburgerstr. 66,
den 30. Juli 1900.

Paul Hündorf-Leipzig.
Ed. Gawlina - Augsburg.

Herr Klein giebt in Vertretung des ständigen Prüfungsausschusses folgenden Bericht, der gleichfalls schriftlich abgefasst ist:

Revisionsprotokoll des Prüfungsausschusses v. 1898-1900.

Der unterzeichnete Prüfungsausschuss erschien seit der letzten Generalversammlung in zwanzig Fällen im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, um Prüfungen der Buch- und Kassenführung vorzunehmen.

Von einigen ganz unbedeutenden Rechnungsdifferenzen abgesehen, die richtig gestellt werden konnten, wurde der Kassenbestand stets in Uebereinstimmung mit den Büchern und Belägen vorgefunden. Man konnte ferner konstatieren, dass trotz der zunehmenden Vergrösserung des Vereins die Geschäfts- und Kassenbücher korrekt und sauber, sowie auch übersichtlich geführt sind und die Einrichtungen sich als praktisch und übersichtlich erwiesen haben. Zu etwaigen Beanstandungen lag somit keinerlei Veranlassung vor.

Der Prüfungsausschuss:

Berlin,
den 1. August 1900.

Ed. Klein, Ernst Kühne,
A. Lüdde.

Dux beantragt Entlastung der Geschäftsleitung. Dies geschieht von der Versammlung einstimmig durch Erheben von den Plätzen, wofür Fischer im Namen der Hauptverwaltung dankt.

Es folgt der

Bericht über die Elfstundentagbewegung.

Dieser wird von Albrecht erstattet, einleitend mit dem Hinweise auf die Berichte in der Vereinszeitung, welche alle Leser ja auf dem Lautenden erhalten hätten. Was den gegenwärtigen Stand dieser Bewegung betreffe, so sei festzustellen, dass bedauerlicherweise ein Teil der sozial rückständigen Prinzipale sich in unschöner Weise bemühen, die im Frühjahr zugesprochenen Bedingungen den Gehilfen wieder zu nehmen und also wortbrüchig werden. Desgleichen hatte die Prinzipalschaft mehrerer Orte einen offenen Kampf gegen den A. D. G.-V. aufgenommen, der sich am krasssten äussere in dem Antrage der „Gruppe Mittlerer Saalekreis“ an den Verbandstag des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, und der bezweckt, alle Beziehungen zum A. D. G.-V. abzubrechen. Es sei jedoch zu erhoffen, dass die grosse Mehrheit der Verbandsvertreter sich noch ein genügend objektives Urteil und gesunden Sinn

gewahrt hätten, und für derart extreme Massnahmen nicht zu haben seien; denn damit würde man in der Gehilfenschaft grosse Erbitterung hervorrufen, die sich zum Nachteil des ganzen Berufsstandes bemerkbar machen würde. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Prinzipale und Gehilfen, das heute noch auf dem Boden des gegenseitigen guten Einvernehmens fusse, könnte dann womöglich mit einem Schläge ein ganz verändertes Gesicht bekommen. Jedenfalls sei von unserer Seite von dem bisherigen Wege nicht abzuweichen: die Forderung der elfstündigen Arbeitszeit in allen Orten in ruhigster Weise und mit den anständigsten Mitteln zur Geltung zu bringen, so, dass nach wie vor das moralische Uebergewicht auf unserer Seite bleibe. Hand-in-Hand-Arbeiten mit den handeldgärtnerischen Organisationen sei entschieden notwendig. (Allgemeiner Beifall.)

Rethwisch: Alle, die wir anwesend, sind überzeugt, dass wir dauernd mit diesen unsern Bestrebungen durchkommen, wenn wir fest bleiben und ruhig, zielbewusst und mit anständigen Mitteln arbeiten.

Bartsch kommt auf örtliche Verhältnisse Berlins und der Umgegend zurück und bemerkt, dass immerhin die jetzigen geringen Geldmittel des Vereins die Bewegung sehr erschweren, weswegen eine Erhöhung der monatlichen Beiträge Platz greifen müsse, um damit Unterstützungszwecken dienen zu können.

Winter führt aus, die Elfstundenbewegung durchzuführen, sei massvoll eingeleitet, garnicht so schwer. Aber wenn und wo einmal bewilligt, da müsse gegen Wortbrüchigkeit mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Schmid-Pankow meint, sofern der Verband der Handeldgärtner dem „Antrag Mittlerer Saalekreis“ zustimme, so schadet er sich und die Prinzipalschaft damit mehr als uns; dann würde unser Verband in der Gehilfenschaft erst einmal die Beachtung finden, die ihm gebührt, und er würde an Mitgliederzahl bedeutend erstarken, womit er sich dann nötigenfalls die Achtung der Prinzipalschaft erzwingen könne.

Lefoldt pflichtet dem bei und erwähnt einiges über Stellennachweis. Er sei der Ansicht, das Inseratenwesen sei ein grosses Uebel, welches Gehilfen immer wieder und zu häufig auf Stellen locke, die nicht wert sind.

Hensel: In Chemnitz sei es, trotzdem grosse Industriestadt, sehr schwer, der Bewegung Geltung zu verschaffen. Die Gärtnerschaft sei dort zu schwach vertreten. Redner tadelt, dass häufig selbst Mitglieder sich nicht konsequent blieben und dadurch selbst Schuld trügen, wenn aus geordneten Arbeitszeiten wieder ungeordnete würden. Intelligenz und Konsequenz müssten dauernd Hand in Hand miteinander gehen.

Ebhardt bemerkt, in Frankfurt a. M. sei die elfstündige Arbeitszeit von den organisierten Handeldgärtnern bewilligt, die nichtorganisierten seien es aber, die zumteil noch länger arbeiten lassen. Gegen diese letzteren seien wir solange noch machtlos, als wir nicht stark organisiert sind.

Otto wünscht im Auftrage des Stuttgarter Zweigvereins die Einführung einer sogen. „weissen Liste“, auf welcher alle die Firmen verzeichnet stehen, die an der elfstündigen Arbeitszeit festhalten.

Fischer meint, es sei notwendig, die geregelte elfstündige Arbeitszeit in allen Betrieben der gewerblichen Gärtnerei einzuführen (mit Ausnahme der Landschaftsgärtnerei und Baumschule, für welche die zehnstündige Arbeitszeit angemessen sei), auch deshalb, um für die einzelnen Firmen gleiche Konkurrenzbedingungen zu schaffen.

Dux legt den Delegierten ans Herz, unermüdlich für die Bewegung einzutreten, aber in massvoller und ruhiger Weise; dann sei Erfolg sicher, und Kämpfe brauchten deshalb nicht entbrennen.

Handeldgärtner Sohl (Vertreter der Frankfurter Gartenbaugesellschaft): Der Elfstundentag möge nicht zur Machtfrage werden. Er ist der Meinung, dass in 11 Stunden ebensoviel geleistet wird wie in 13. Herr Sohl ersucht seinen Kollegen Feist-Stuttgart, welcher dem Leipziger Verbandstag des Handeldgärtnerverbandes als Delegierter beiwohnen wird, die heutigen Verhandlungen, die ihm mit Genugthuung erfüllten, zur Sprache zu bringen, da diese es verdienten. Alle anständigen Handeldgärtner pflichteten ihm darin bei, dass eine 11 stündige tägliche Arbeitszeit eine durchaus maximale sei. (Allgemeines lebhaftes Bravo!)

Bach bestätigt diese Auffassung und fügt dem noch hinzu, vor allem müssten wir selbst einig sein und eine achtunggebietende Macht ausmachen.

Rohder führt aus, in Nürnberg sei in allen besseren Geschäften die 11 stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Prinzipale beklagten sich jedoch wegen des minderwertigen Gehilfenmaterials, das in 15 Stdn. kaum seiner Pflicht genügen könne.

Wisch empfiehlt die Einführung „weisser Listen“, die den Stellennachweisen zu übergeben seien.

Handeldgärtner Ball (Vertreter der Handeldgärtnerverbindung Frankfurt a. M.) sagt, die grösste Schuld, dass noch nicht überall nur 11 Stunden gearbeitet würde, laste auf den Gehilfen. Bei diesen die notwendige Aufklärung zu verbreiten, sei Pflicht der Gehilfenorganisation. (Wieder allgemeines Bravo!)

Es ist folgende Entschliessung (Resolution) eingegangen:

„Die Generalversammlung beschliesst, mit aller Kraft für die Elfstundentagbewegung einzutreten aus sozialen und idealen Gründen.“

Behrens erhält das Schlusswort. Er erklärt, ausschlaggebend für den Erfolg der Bewegung an den einzelnen Orten sei die dort thätige verhältnismässig organisierte Gehilfenschaft. Der Hauptvorstand trage ständig Sorge, dass die Bewegung allgemein werde und nicht nur auf einzelne Plätze beschränkt bleibe.

Durch Konzentration der Gehilfen an wenige bestimmte Orte können leicht durch Massenangebot die Erfolge verringert, ja ganz beseitigt werden. Im umgekehrten Falle trete jedoch das Gegenteil ein. Daher ist die Elfstundentagbewegung eine Frage der Diplomatie und Disziplin. Wenn also wirklich einmal von der Hauptleitung Schritte unternommen würden, die nicht gleich jedem als notwendig erscheinen, so dürfe man nicht gleich nörgeln. Den Ablehnungsgrund der Handeldgärtner Nürnbergs weist er entschieden zurück. Ein Gehilfe mit geringerer Leistungsfähigkeit würde in 14 Stunden ebenfalls nicht mehr schaffen, wie in 11 Stunden.

Auch seien doch die Leistungen durch die Spezialisierung verschieden. Ein Topfpflanzengehilfe könne in Baumschule nichts Tüchtiges leisten und umgekehrt. Nur, wenn der Gärtner an die für ihn passende Beschäftigung käme, kann er seine Stelle voll und ganz ausfüllen. Je mehr und öfter die Elfstundenfrage diskutiert wird, desto schneller wird der Gedanke populär werden, vor allem aber nur durch gütliche Verhandlungen. Wir sind nicht verpflichtet, die Kinderkrankheiten und die Gewaltpolitik anderer Gewerkschaften durch- und mitzumachen.

Die Streiks, die viele Millionen Mark von Organisationsmitteln verschlungen hätten, seien als Kinderkrankheiten, der Berufsvereinigungen aufzufassen, und hätten nur selten absolute Erfolge gezeitigt; denn stets sei durch gütliches Vergleichen erst der Streit bei allen dem Gärtnereigewerbe sozial-wirtschaftlich ähnlichen Betrieben geregelt worden. Die Elfstundentagbewegung sei nicht ausschliesslich eine Machtfrage; ihr Erfolg sei zum grossen Teil auch abhängig von dem geistigen Umdenkungsprozess sowohl in den Köpfen der Prinzipale als auch der Gehilfen. Immerhin aber bedürfen wir der Macht, um damit den durchaus rückständigen Elementen der Prinzipalschaft Achtung abzunötigen und zur Nachgiebigkeit vorzubereiten; desgleichen, um wortbrüchig werdende diese fühlen zu lassen.

Die Einführung einer „weissen Liste“ (Empfehlungsliste) sei gar nicht von der Hand zu weisen. Im allgemeinen aber sei auf Schaffung von Tarifgemeinschaften hinzuwirken.

Fischer verliest nochmals die eingegangene Entschliessung (Resolution), die einstimmig angenommen wird.

Hierauf folgt das Referat über

Die Stellungnahme des A. D. G.-V. zu den anderen Berufsorganisationen.

Dieses wird in Vertretung der Hauptgeschäftsleitung von Albrecht gehalten,*) der dasselbe schliesst mit der Bitte, sich einstimmig für folgende, vom Hauptvorstand vorgeschlagene, „Erklärung und Entschliessung“ auszusprechen:

„Die V. Generalversammlung des Allg. Deutschen Gärtnervereins (Frankfurt a. M., August 1900) erklärt mit Beziehung auf die Stellungnahme des A. D. G.-V. zu den anderen gewerkschaftlichen Organisationen (Arbeitnehmer-Berufsverbänden), sowie zur Gewerkschaftsbewegung überhaupt folgendes:

1. Wir anerkennen, dass es den Zeitverhältnissen und dem derzeitigen Stande der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht, wenn die einzelnen schon für sich zentralisierten Berufsverbände sich mit einander noch

*) Den Inhalt des Referats hier wiederzugeben, müssen wir uns leider mit Rücksicht auf den knappen Raum versagen, können auch deshalb darauf verzichten, da die Gen.-Vslg. beschlossen hat, dass diese Frage dauernd in unserer Zeitung erörtert werden soll. Die Schriftleitung.

einmal zusammengliedern und einen gemeinsamen Gewerkschaftsverband mit besonderer Oberleitung bilden dergestalt, dass dabei jedem Berufsverbände sonst seine Selbständigkeit gewahrt bleibt.

2. Wir anerkennen, dass solches grundsätzlich gegenwärtig allerdings schon bei allen drei dieser Art bestehenden Gewerkschaftsverbänden (den „Deutschen [Hirsch-Duncker'schen] Gewerkvereinen“, den „Modernen [sof. freien] Gewerkschaften“ und den „Christlichen Gewerkschaften“) geschieht

3. Trotz diesem aber können wir für unsern Verband, den A. D. G.-V., eine feste Angliederung an eine der drei genannten Gruppierungen zur Zeit noch nicht befürworten; denn wir müssen noch ein Weiteres zur Bedingung stellen: Die praktische Neutralität der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung gegenüber parteipolitischen und religiösen Fragen und Anschauungen. Und diese erachten wir heute bei noch keiner der drei in Betracht kommenden Gruppen in der erforderlichen — der Arbeiterschaft allgemein nutzbringenden — Weise zum Ausdruck gebracht.

Die aufgeworfene „Anschlussfrage“ ist darum für uns noch nicht spruchreif, weswegen wir beschliessen, uns noch weiterhin dazu ablehnend zu verhalten.“

Da sich zunächst hierzu trotz Ersuchen Niemand zum Worte meldet, erfolgt Abstimmung über die vorgeschlagene „Erklärung und Entschliessung“. Mit Ausnahme von 5 Ab-

geordneten stimmen alle dafür. Auf Wunsch der dagegen stimmenden werden diese namentlich festgestellt; es sind: Otto-Stuttgart, Schmidt-Mannheim, Schmidt-Barmen, Michalk-Strehlen, Heene-Leipzig-Lindenau.

Es entwickelt sich hierauf noch eine Geschäftsordnungsdebatte, da verschiedentlich die Ansicht besteht, die Gewerkschaftsfrage könne noch weiterdiskutiert werden, was besonders die Gegner der Entschliessung wünschen, um ihre Stellungnahme näher begründen zu können. Da sich mit bezug auf die nachträgliche Zulässigkeit einer solchen Debatte Meinungsverschiedenheiten entwickeln, schlägt

Albrecht die Festsetzung einer allgemeinen „Geschäftsordnung“ für die Zeit der Gen.-Vslg. vor. Als solche wird mit entsprechenden Abänderungen diejenige des I. Allgemeinen deutschen Gärtnertages (Erfurt) angenommen.

Fischer giebt noch die Erklärung ab, dass auf die Gewerkschaftsfrage noch einmal bei den Sonderberatungen zurückgekommen werden könne.

Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, dass Herr Gartenbaudirektor Siebert vom Frankfurter Palmengarten dem Bureau habe mitteilen lassen, dass er den Teilnehmern der Generalversammlung von Nachmittag 5 Uhr freien Eintritt in den Palmengarten und den Anlagen gestatte. Dieser freundlichen Einladung wird freudig zugestimmt und der Besuch für die angegebene Zeit in Aussicht genommen.

(Fortsetzung und Schluss in der nächsten Nummer.)

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.

Amtliche Bekanntmachungen vergleiche 3. Umschlagsseite.

Abschluss über Einnahme und Ausgabe pro II. Quartal 1900.

Einnahme.

Monat	Beitrag	Bezugs-geld	Anzeigen	Extra-steuer	Rechts-schutz	Buchhdl.	Verlag	Werk-zeuge	Ver-schied.	Summa
April	2150,15	3,45	47,25	39,45	40,—	102,95	512,13	2,20	24,97	2922,55
Mai	1123,32	7,13	58,05	40,—	—,—	100,80	191,28	2,20	11,69	1534,47
Juni	706,25	20,35	211,15	40,10	—,—	80,80	118,35	9,30	11,72	1198,02
	3979,72	30,93	316,45	119,55	40,—	284,55	821,76	13,70	48,38	5655,04

Ausgabe.

Monat	Zeitung	Unter-stützung u. Rechts-schutz	Porto	Buchhdl.	Verlag	Werk-zeuge	Miete, Feuerung u. Licht	Gehälter	Druck-sachen	Sonstiger Haushalt	Summa
April	226,—	212,98	361,65	88,42	8,50	—,—	33,40	300,—	—,—	457,31	1688,26
Mai	516,—	122,68	333,35	280,47	9,—	—,—	30,—	300,—	502,—	114,42	2207,92
Juni	412,50	49,64	329,47	127,43	5,50	57,45	30,—	300,—	94,—	94,19	1500,18
	1154,50	385,30	1024,47	496,32	23,—	57,45	93,40	900,—	596,—	665,92	5396,36

Bestand vom I. Quartal 1900

Einnahme vom II. Quartal 1900

3558,63 Mk.

5655,04 „

Summa 9213,67 Mk.

Ausgabe vom II. Quartal 1900

5396,36 „

Bestand 3817,31 Mk.

Berlin, den 3. Juli 1900.

Geprüft und für richtig befunden.

Ed. Klein.

Der Prüfungs-Ausschuss.

Ernst Kühne.

A. Lüdde.

Krankenkasse für Deutsche Gärtner.

Bekanntmachung.

Nachstehend veröffentlichen wir das Protokoll der General-Versammlung mit dem Bemerkten, dass die beschlossene Extrasteuer zu erheben ist, sobald die Aufsichtsbehörde die Bestätigung des Beschlusses erteilt hat. Diese Bestätigung wird den Verwaltungsstellen rechtzeitig zugestellt werden. Eine weitere Verwaltungsstelle wurde in Itzehoe errichtet und setzt sich der Vorstand aus nachstehend verzeichneten Herren zusammen:

Itzehoe: Herr Joh. Schwarzkopf, Itzehoe, Carlstr. No. 10 Vorsitzender; Herr Herm. Marholdt, Itzehoe, Sandberg No. 61 Kassierer; Herr Aug. Rüsck, Itzehoe, Kl. Paaschburgstr. No. 14 Kontrolleur; Herr Aug. Feldmann, Pünstorf, Stellvertreter.

Der Hauptvorstand.

Protokoll der General-Versammlung

in Potsdam am 27. und 28. Juli 1900.

27. Juli.

Nachdem Herr Fischer-Potsdam im Namen der Verwaltungsstelle Potsdam den Hauptvorstand und die Delegierten

begrüsst, eröffnet der Vorsitzende Herr Fahrenberg die Sitzung abends 9 Uhr. Die Zuschriften an die Delegierten werden eingesammelt und die letzteren durch die Vorsitzenden gegenseitig vorgestellt.

Zur Prüfung der Wahl werden gewählt die Herren: Görke, Tessen und Dümcke; zur Beschwerde-Kommission die Herren Mimms, Görn und Seidel.

Der Vorsitzende erteilt sodann das Wort dem Kassierer Gustedt zu seinen Mitteilungen über die in Sicht stehende Krankenkassenversicherungsnovelle. Er teilt mit, dass bei Einberufung der Generalversammlung die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz leider noch nicht bekannt gewesen sei, anderenfalls wäre dieselbe jedenfalls unterblieben. Auf Grund dieser Novelle würden die Statuten im nächsten Jahre geändert werden müssen. Nach einem Rückblick auf die Entstehung des Krankenkassengesetzes und den daran bisher vorgenommenen Aenderungen während der Zeit seines Bestehens, giebt er einen Ueberblick, in welcher Weise die kommende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz gehandhabt werden soll. Diese Vorlage, die dem Reichstage seitens der verbündeten Regierungen voraussichtlich schon in der nächsten Tagung zugehen wird, ist geeignet, für sämtliche

bestehenden Krankenkassen, abgesehen von den Ortskrankenkassen, von einschneidender Bedeutung zu werden. Die Vorlage bezweckt eine bedeutende Ausdehnung, man kann beinahe sagen Monopolisierung der Ortskrankenkassen in gemeinschaftlicher Verwaltung mit der Alters- und Invaliditätsversicherung. Zu Gunsten dieser Zentralisierung sollen den bestehenden freien und anderen Kassen verschiedene Erschwerungen auferlegt werden, von denen es sehr fraglich ist, ob die Kassen ohne gleichzeitige Verleihung entsprechender Gerechtigkeiten dieselben ertragen können. So wird u. A. die Ausdehnung der Krankenversicherung auf eine Mindestleistung von 26 Wochen im Krankheitsfalle verlangt. Wird die Vorlage Gesetz, so wird eine vollständige Umarbeitung des Statuts notwendig, mit welcher sich die Krankenkasse für deutsche Gärtner dann voraussichtlich im nächsten Jahre zu beschäftigen haben würde. Weiterhin nimmt er Bezug auf den 1/2-jährlichen Kassenabschluss, dessen einzelne Positionen er eingehend bespricht und klarlegt und an der Generalversammlung liege es nun, Mittel und Wege zu finden, für den nächsten Winter genügend gerüstet zu sein. Herr Schmidt beantragt von einer eingehenden Debatte heute abzusehen, dagegen morgen dieselbe fortzusetzen. Der Antrag wird auch vom Vorsitzenden unterstützt und von den Anwesenden mit Majorität angenommen. Die Sitzung wird folgedessen bis Sonnabend Morgen 9 Uhr vertagt. Die Sitzungen der Ausschüsse zur Prüfung des Wahlergebnisses und etwaiger eingehender Beschwerden sollen morgen früh von 7 bis 9 Uhr stattfinden. Schluss der heutigen Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Potsdam den 27. Juli 1900.

gez.: Th. Meyer, Schriftführer.

Sonnabend, den 28. Juli.

Um 9 Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Anwesend sind ausser dem Hauptvorstand und den Revisoren 26 Delegierte. Nach Mitteilung des Vorsitzenden muss § 8 Abs. h des Statuts dahin abgeändert werden, dass in Notfällen ein Zwang den Mitgliedern gegenüber nicht bestehen soll, die Arzneien, Heilmittel etc. aus bestimmten Apotheken zu entnehmen, da dieser Absatz nicht genau dem Gesetz entsprechend sei und schon bei letzter Generalversammlung vom Herrn Reichskanzler diese Bestimmung verlangt wurde. Der Antrag des Vorsitzenden wird ohne Widerspruch angenommen.

Weiterhin bespricht Herr Gustedt die eingegangenen Anträge und legt nochmals die Notwendigkeit von Schaffung flüssiger Gelder dar. Im allgemeinen sind die meisten Verwaltungsstellen für Erhebung einer Extrasteuer, die wenigstens für Erhöhung der Beiträge. Um den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen, muss eine Extrasteuer je nach Klasse stufenweise erhoben werden. Herr Busse stellt zunächst den Antrag betreffs Erhebung einer Extrasteuer zur Debatte. Es nehmen hierzu das Wort die Herren Fischer I-Steglitz, Fischer II-Potsdam, Görn, Haberer, Schulz, Schmidt, Kersten, Walter, Palmi, Mimus, Häger, Grunow und Dümcke; von denen die Herren Palmi, Mimus, Grunow und Dümcke, für Erhöhung der Beiträge, die meisten anderen Herren für Extrasteuer eintreten. Damit die einzelnen Delegierten, ehe zur Abstimmung geschritten wird, sich ihre Meinung noch überlegen können, beantragt der Vorsitzende, dass zunächst die einzelnen Berichtersteller ihre Berichte abgeben.

Herr Sieweck als einer der Kassenprüfer teilt mit, dass sie bei Prüfung der Bücher durch Aufrechnung und Stichproben beste Ordnung und Gleichlautung mit dem vorliegenden Abschluss pro 1. Januar ultimo Juni 1900 gefunden hätten. Nur bedauert er, dass manche Verwaltungsstellen heute noch mit ihren Abschlüssen vom I. Quartal, geschweige denn vom II. Quartal im Rückstande seien. Der Vorsitzende und einzelne Delegierte beantragen namentliche Bekanntmachung der säumigen Kassierer, welche mit ihren Abrechnungen im Rückstande sind, bzw. hohe Beträge am Orte behalten. Der Antrag wird angenommen. — Zum Bericht über das Wahlergebnis referiert Herr Tessen, welcher erklärt, dass dasselbe richtig befunden sei. Für die Beschwerde-Kommission referiert Herr Görn, welcher mitteilt, dass direkte Beschwerden nicht vorgelegen haben, mit Ausnahme der Verwaltungsstelle Remscheid, welche gegen Abhaltung der General-Versammlung protestiert. Diese Resolution ist jedoch hinfällig, da laut Gesetz eine Aenderung des Statuts bzw. Erhebung eines Extrabeitrags nur durch eine Generalversammlung nach § 8 Absatz n beschlossen werden kann. Hiernach verliest der Kassierer die eingegangenen Anträge und stellt Herr Busse zunächst den Antrag des Hauptvorstandes: „Erhöhung der Beiträge“ zur Diskussion. Herr Gustedt teilt hierzu mit, dass der Hauptvorstand sich dahin einig geworden sei, diesen Antrag fallen

zu lassen, da dies eine Statutenänderung bedinge, und eine solche, wie schon gestern mitgeteilt sei, im nächsten Jahre so wie so erfolgen müsse. Aus diesem Grunde beantrage auch der Hauptvorstand die Erhebung einer Extrasteuer und zwar in Höhe der monatlichen Beiträge. Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen und ergibt dieselbe Annahme des Antrages mit 26 Stimmen. Es haben darnach die Mitglieder der I. Klasse M. 1.50, II. Klasse M. 1.30, III. Klasse M. 1.— einmal an Extrasteuer zu zahlen. Diese Extrasteuer ist im III. resp. IV. Quartal einzuziehen.

Es folgt nunmehr Beratung der gestellten Anträge. Die Anträge von Potsdam, Quedlinburg, Zerbst, Mülheim, Würzburg, Frankfurt, Neubrandenburg, München, Schöneberg, Oberhausen, Kassel, Gr.-Lichterfelde, Berlin I. (betreffs Extrasteuer) Weimar, Nürnberg, Rheydt, Offenbach, Berlin IV., Altenburg, Neuwied, Leipzig-Lindenau, Hildesheim, Grimma, Coswig, Greiz, Düsseldorf, Franz. Buchholz, Oranienburg, Merseburg, Kronberg a. Taunus, Dresden, Gelsenkirchen, Saalfeld, Aschersleben, Bremen, Fürstenwalde a. Spree, Worms, Königsberg, Altweddingen, Ronsdorf, Homburg v. d. Höhe, Iserlohn, Jena, Zossen, Krefeld sind durch die gefassten Beschlüsse bereits erledigt. Ueber die Anträge Braunschweig u. Dortmund und einige Andere wird zur Tagesordnung übergegangen. Ueber die übrigen Anträge von Berlin I. wird beschlossen, dieselben bis zur nächsten Generalversammlung zurückzustellen. Ueber einige weitere Anträge wird ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen, da dieselben teilweise gegen die bestehenden Gesetzesbestimmungen verstossen oder eine Aenderung der Statuten bedingen, was aber im nächsten Jahre doch geschieht. Zum Antrag Nürnberg tritt auch Herr Dümcke für Aenderung des jetzigen Wahlsystems ein, damit auch fernwohnende Verwaltungsstellen durch directe Abgeordnete vertreten seien. Herr Gustedt giebt an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen bekannt, dass der jetzige Wahlmodus den gesetzlichen Anforderungen entspricht und nur schwerlich was zu ändern sein würde, immerhin sollen zur nächsten Generalversammlung etwaige diesbezügliche Wünsche berücksichtigt werden, soweit sie zulässig sind. Die Anträge Fischer-Lindenau und Marquard-Lindenau werden abgelehnt; der Antrag Halstenbeck soll von der Zeitungs-Redaktion unbedingt berücksichtigt werden, wenigstens verspricht Herr Fischer-Steglitz in diesem Sinne zu wirken.

Damit ist die Beratung der Anträge erledigt und wird beschlossen, die heute gefassten Beschlüsse nicht durch Neudruck der Statuten, sondern durch einen Anhang an die Statuten den Mitgliedern bekannt zu geben.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, dass der Hauptvorstand davon Abstand genommen habe, Neuwahlen des Hauptvorstandes und der Revisoren auf die Tagesordnung zu setzen, um nur die Geldfrage erledigen zu können. Diese Angelegenheit wird auf der nächsten Generalversammlung zur Erledigung kommen und sind die anwesenden Delegierten damit einverstanden.

Es folgt nunmehr Wahl eines Ortes zur nächsten General-Versammlung. Vorgeschlagen sind bereits Dortmund und Eisleben; ausserdem bringt Herr Schmidt Cassel, Herr Görn München, Herr Fahrenberg Göttingen in Vorschlag. Ferner werden noch Freiburg i. Breisgau und Nürnberg vorgeschlagen. Zur Wahl selbst wird Stimmzettelwahl vorgeschlagen und angenommen. Die Wahl ergibt 15 Stimmen für Cassel, 8 für Göttingen, 2 für München und 1 für Freiburg i. Breisgau. Hiernach erfolgt Verlesung des Protokolls gegen dessen Fassung keine Einwendungen erhoben werden und erklärt der Vorsitzende es für angenommen.

Schluss der Generalversammlung um 1¹/₂ Uhr.

Potsdam, den 28. Juli 1900.

Th. Meyer, Schriftführer.

Briefwechsel der Schriftleitung.

Wichtiges von der Hauptversammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands.

Am Mittwoch den 9. August, nachdem wir noch am Abend zuvor in einer öffentlichen Versammlung in Erfurt gesprochen, wieder in Berlin eingetroffen, um unsere gewohnten geschäftlichen Arbeiten aufzunehmen, finden wir als erstes auf unserm Redaktionstisch einen uns von Leipzig übersandten Zeitungsausschnitt liegen, auf welchem sich ein Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands befindet. Wir geben daraus vorläufig an dieser Stelle das wörtlich wieder, was unsern Mitgliedern am meisten interessiert. Es heisst darin u. A. folgendermassen:

„(6. August). Eine äusserst scharfe Debatte entspann sich um die beiden folgenden Punkte.

Der erste derselben betrifft folgenden Antrag der Verbandsgruppe Leipzig: „Die Jahresversammlung des Verbandes wolle beschliessen, analog der Liste schlechter Zahler, eine Liste aufzustellen, welche den Mitgliedern alle diejenigen Gehilfen namhaft macht, die wegen Kontraktbruches oder sonstiger verwerflicher Manipulationen nicht zu empfehlen sind.“ Begründet wird der Antrag damit, dass unter den Gehilfen des Gärtnerstandes die Unsitte, Stellung anzunehmen ohne dieselbe anzutreten, immer mehr einreisse, sodass unbedingt etwas geschehen müsse, um diesem Uebelstande zu steuern. Der den Prinzipalen zustehende gesetzliche Schutz ist meist ein illusorischer, da von den jungen Leuten ein etwaiger Schadenersatz nicht zu erlangen ist. — Herr Kaiser-L.-Lindenau beantragte hierzu, die Namen der kontraktbrüchigen Gehilfen durch eine Liste den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen. — Von Herrn Stoffregen-Dortmund wurde hierzu noch ein Zusatzantrag gestellt, demzufolge die Namen der Kontraktbrüchigen auch im Handelsblatt zu veröffentlichen sind. — Nach langer Debatte wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Kaiser-Stoffregen mit grosser Majorität angenommen.

Der zweite Antrag war gestellt von der Gruppe Mittlerer Saalekreis und lautete folgendermassen: „Der Verband wolle beschliessen, dass jede Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein bzw. dessen Organ abgebrochen wird und dass kontraktbrüchige Gehilfen im Handelsblatt veröffentlicht werden.“ Der letzte Teil dieses Antrages ist durch die Annahme des Antrages Kaiser-Stoffregen bereits erledigt. Die Antragsteller begründen ihren Antrag damit, dass das Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins sich seit einiger Zeit darin gefalle, gehässige Angriffe gegen den Verband und einzelne seiner Gruppen zu richten, dass es ferner die Boykottierung derjenigen Städte unterstütze, in welchen die Arbeitgeber es gewagt haben, auch ihrerseits den Bestrebungen der Arbeitnehmer, soweit dieselben zu viel verlangen, entgegenzutreten, und dass sich das Gehilfenorgan ganz unbeweisbarer Verdächtigungen befleissigt habe. Es werfe ferner dem Verbandsvorstand vor, dass er in Hinsicht auf die Bestrebungen der Gehilfen weder warm noch kalt sei. Deshalb sei es die höchste Zeit, dass der Verband als ein „Bund von Arbeitgebern“ ganz energisch gegen diese Angriffe und Verunglimpfungen von Verbandsmitgliedern Front mache; ferner, dass die Mitglieder des Verbandes sich darüber klar werden müssen, dass einiges Zusammenhalten gegenüber den immer unbescheideneren Anforderungen der Arbeitnehmer unbedingt erforderlich sei. — Die Debatte war, wie schon bemerkt, eine sehr lebhaft. Von den Anhängern und Gegnern des Antrages wurden die Gründe für und wider den Antrag mit Zähigkeit verfochten. Nach langer Diskussion wurde schliesslich der Antrag in folgender Fassung angenommen: „Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands ermächtigt seinen Vorstand, alle Beziehungen mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins und dessen Organ abzubrechen.“ Die Annahme dieses Antrages erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 24 Stimmen. Die Vertreter der Gruppe Dresden stimmten geschlossen gegen den Antrag.“

Dieses also die derzeitige Sachlage, zu welcher der Hauptvorstand unseres Vereins erst in der nächsten Nummer unseres Organs wird Stellung nehmen können, da die Einberufung einer Hauptvorstandssitzung vordem nicht möglich und angängig ist.)*

Wie den Herren Abgeordneten unserer Generalversammlung bekannt, hatte unser Hauptvorstand nach diesem Verbandstag auch einen Vertreter entsandt zu dem Zwecke, bei diesem Verhandlungs-Gegenstande mit in die Debatte einzugreifen. Dies ist jedoch leider nicht möglich gewesen, da sich dessen Gehörleiden, das ihm schon, wie bekannt, bei unseren Frankfurter Verhandlungen recht hinderlich war, solchergestalt verschlimmert hatte, dass er nicht instande war, den Verhandlungen zu folgen. Nur soviel hat derselbe aus

*) Unser Geschäftsführer befindet sich z. Zt., da wir dies schreiben, noch auf einer Agitationsreise in Süddeutschland. Auch der Vorsitzende ist noch unterwegs auf Besuch bei Verwandten im Hessischen. Vorstehende Ausführungen bringen wir daher auf eigene Verantwortung, da wir uns verpflichtet glauben, über also wichtigen Vorkommnisse so schnell als möglich Bericht erstatten zu müssen.

der Debatte entnommen, dass die 24 der Gehilfenschaft bzw. dem A. D. G.-V. freundschaftlich gesinnten Prinzipals-Vertreter sich unserer Sache sehr warm angenommen haben. Besonders scharf, bestimmt und überzeugend ist u. a. der Vertreter von Stuttgart, der unsern Gen.-Vslgs.-Verhandlungen beigewohnt hatte, für uns eingetreten. Alles Nähere dürften wir wohl erst aus der nächsten Nummer des Handelsblattes erfahren.

Bis dahin wollen wir noch von jedweder Kritik dieser Beschlüsse Abstand nehmen. Ueber die Tragweite derselben sich heute hier in Erwägungen zu ergehen, wäre zunächst gleichfalls verfehlt. Auf Eines aber machen wir die verehrlichen Mitglieder gleich aufmerksam: Was auch kommen möge — nur ruhiges Blut bewahren, eiserne Disziplin halten und mit felsenfestem Vertrauen der Hauptleitung unseres Vereins Gefolgschaft geben in allen Dingen! Angesichts derart gegen uns vorbereiteter Massnahmen von einer Seite, für die unser Verein stets bemüht war, gutes Einvernehmen zu halten, und auch künftig bemüht sein wird trotzdem und alledem, müssen unter uns selbst, unter der gesamten Gärtnergehilfenschaft Deutschlands, alle kleinlichen Meinungsverschiedenheiten verschwinden. Jetzt gilt es, treu und fest zusammenzuhalten und zu zeigen, dass wir uns deswegen noch lange nicht zu Unbedachtsamkeiten und Dummheiten hinreissen lassen; dass wir, mit einem Wort zu sagen — organisiert und diszipliniert sind und darum wissen, was wir wollen und wie wir es wollen! Solidaritätsgefühl, Ueberzeugungstreue, Opfermut und fester unbeugsamer Wille, sie müssen den Kitt bilden, der uns zusammenhält; sie müssen den Magnet ausmachen, der nunmehr alle noch unserm Verein abseits stehenden Kollegen zu demselben heranzieht und mit ihm eint! Kollegen! erkennt das und werbt, werbt eifrig für Eure schöne, stolze Organisation, für den Berufsverband aller geschäftlich nichtselbständigen deutschen Gärtner, den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. Ein Feigling, der ihn jetzt etwa verlassen sollte, jetzt, da anscheinend von der vorhin genannten Seite der Kampf gegen ihn eröffnet werden soll.)* Jetzt, Kollegen, ist es an der Zeit, Euch als Männer zu zeigen, als deutsche Männer, furchtlos und treu!

Und noch einmal: Eisigste Ruhe, das ist hier die erste Pflicht: felsenfestes Vertrauen zu Eurer Hauptleitung und eiserne Disziplin die andere. Gegen eine solche Macht muss und wird jeder Angriff, jeder Anschlag etwa zur Aufreizung der Gemüter, zu Unüberlegtheiten, elend zerschellen.

Wenn wir heute zwar auch noch nicht wissen können, was uns infolge der „Leipziger Verbandstage“ die nächste Zukunft bringen wird, so ist doch hierbei der bessere Teil der Tapferkeit immer, dass man gerüstet dasteht: Treu dem Beruf, treu dem Verein, treu uns selbst und unsern Idealen und zwar unwandelbar in echter deutscher Treue!

Seien wir uns auch dessen gewiss, dass es nur ein Teil der Prinzipalschaft ist (wenn anscheinend auch ein recht grosser), der in bedauerlicher Kurzsichtigkeit störend eingegriffen hat in den Gang der friedlichen Entwicklung. Jene 24 deutsche Männer, Prinzipale die sich diesem tapfer zur Wehr setzten, werden nicht vereinsamt bleiben. Wir haben in Frankfurt a. M. am besten gesehen und gehört, dass es viele, viele warm und kollegial fühlende Arbeitgeber giebt, die solche friedenstörende Beschlüsse niemals gut heissen werden. Und an sie werden wir uns zur Zeit der Gefahr mit wenden; diese werden wir uns zu Verteidigungszeugen aufrufen, wenn und wo man uns unterschiebt, wir seien es gewesen, die den Frieden gebrochen.

Kollegen! Lasst die gegenwärtige Zeit nicht ungenutzt vorübergehen. Werbt fleissig Mitglieder; wecket die Schlafenden, belebet die Gleichgültigen, lehret die Unwissenden; macht alle deutschen Gärtnergehilfen und Privatgärtner zu rührige, fleissige, überzeugungstreue Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins! Sorgt dafür, dass unser Berufsverband in kurzer Zeit womöglich sich in an Mitgliederzahl verdoppele, die alle gemeinsam und treu und fest geeint mit uns einstehen

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“
Auf, zur Werbung, auf, zur Arbeit; es thut not, bitter not!

*) Der Begriff »Abbruch der Beziehungen« dürfte vielleicht nichts anderes bedeuten; denn wir müssen hier ausdrücklich feststellen, dass bisher wirkliche Beziehungen mit der Hauptleitung des V. d. H. D. nur einmal vorhanden waren und zwar seinerzeit mit dem »Arbeitsmarkt«, die aber mit dem Eingehen des letzteren sich von selbst wieder auflösten.